



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

Fraktionen CDU und SPD

### **Ablehnung des europäischen Fiskalpaktes im Bundesrat**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1151**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, über die Inhalte, den Stand der Beratungen der Bundesregierung mit den Ländern sowie die Auswirkungen des Fiskalpaktes mit den darin zu vereinbarenden Defizitgrenzen auf das Land Sachsen-Anhalt und die Kommunen im Ausschuss für Finanzen und im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zu berichten.

### **Begründung**

Die Stabilität einer Währung stellt eine wichtige Grundlage für ein Gemeinwesen dar. Es ist daher wichtig, unter Wahrung der grundsätzlichen Eigenständigkeit in der Haushaltspolitik, eine Stabilitätsgemeinschaft im europäischen Raum zu bilden. Der vollständigen Freiheit im Budgetrecht steht die Gefahr gegenüber, dass die Zahlungsunfähigkeit einzelner Euro-Staaten die gesamte Währung aus dem Gleichgewicht bringen könnte und in der Folge nationale Haushalte einer erheblichen Belastung ausgesetzt sein würden.

Der zu unterzeichnende Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKSV) ergänzt den Vertrag von Lissabon im Bereich der Fiskalpolitik. Eine stärkere Zusammenarbeit der Länder der Europäischen Union im Bereich der Fiskalpolitik ist die Zielrichtung dieses Vertrages.

Er ist mit den neu einzuführenden Defizitgrenzen geeignet die Stabilität der Währung im Euroraum zu erhöhen und zur dauerhaften Sanierung der Staatshaushalte beizutragen.

Es wird davon ausgegangen, dass bei der innerstaatlichen Umsetzung die verfassungsrechtlich verankerte Haushaltsautonomie der Länder und die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen gewahrt wird.

Andre Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD